

Fachdiskussion mit MdL Dr. Michael E. Luthardt (DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg) an der HNE Eberswalde am 29.11.2012 zum Thema „Sägen wir am eigenen Ast? – Eine Diskussion zu Brandenburgs Forstwirtschaft im Fadenkreuz von Problemen und Interessen“

Impulsvortrag

Dr. Detlef Bimboes

Forstwirtschaft ist ohne Holzwirtschaft nicht denkbar. Beide sind eingewoben in einen großen Spannungsbogen. Ein großer Spannungsbogen inmitten von Klimawandel und ökologischen Krisenlagen, den uns der neoliberale Gesellschaftsumbau beschert hat. Er reicht von ungebremstem Ressourcenverbrauch, hohen fossilen Energiepreisen und ungebrochenem Wachstumsglauben über klamme, öffentliche Kassenlagen, eine wachsende Kluft zwischen arm und reich sowie reichen und armen Regionen bis hin zu immer größerem Holz hunger von globalisierter Holzwirtschaft und dem Energieholzboom. Und inmitten dieser Problemlagen wartet auf uns eine gewaltige Herausforderung, nämlich den globalen Temperaturanstieg bis 2050 auf noch 2 Grad zu begrenzen. Konkret heißt das, bis dahin den Ausstoß von derzeit etwa 11,5 Tonnen CO₂ auf 1,5 Tonnen pro Kopf und Jahr zu senken. Das wird nur gelingen, wenn wir den Ressourcenverbrauch nicht nur effizient handhaben, sondern zugleich auch – was immer mehr ausgeblendet wird - suffizient. Suffizienz heißt, den Ressourcenverbrauch absolut um den Faktor 10 und damit drastisch, d. h. um 90 Prozent zu senken. Und genau diesem Thema müssen sich auch Forst- und Holzwirtschaft stellen, wenn sie denn ökologischen Waldumbau und nachhaltige Holznutzung ernsthaft auf den Weg bringen wollen.

Kurz zu einigen wichtigen Punkten und Hintergründen meiner Regionalstudie:

1. Der Nutzungsdruck auf die Waldholzvorräte in Brandenburg ist sehr hoch. Die jährliche Holzmenge, die für stoffliche und energetische Zwecke verbraucht wird, liegt bei mehr als dem doppelten dessen, was hier eingeschlagen wird. Wo liegen die Gründe?

Zum einen ist der Wald, beginnend ab Mitte der neunziger Jahre immer stärker und mit besonderer Intensität ab 2005 in den Griff einer europa- und weltweit operierenden großen Holzwerkstoff- und Zellstoffwirtschaft sowie großen Sägewerken genommen worden. Zum anderen in den Griff von Energiewirtschaft und zahllosen kleinen, privaten Holzheizungen, beschleunigt durch steigende fossile Energiepreise und die Förderung grüner Energien.

Insgesamt ging es dadurch mit dem Holzeinschlag bundesweit und auch hier in Brandenburg steil nach oben. Im Landeswald sind inzwischen die Holznutzungspotenziale vollständig ausgeschöpft.

Der Druck von Holz- und Zellstoffwirtschaft auf die Forstwirtschaft ist aber nicht nur von der Menge her hoch, was den Kohlenstoffspeicher Wald leerer macht und biologische Vielfalt schmälert. Gerade große Sägewerke fragen enorme Mengen an mittelstarken, jüngeren Holzsortimenten nach. Zur Menge gesellen sich zudem produktseitig gewachsene Ansprüche. Sie haben schon seit langem die Waldbaustrategie dahingehend geformt, möglichst viel makelloses Qualitäts- und Wertholz zu liefern. Im Zuge dieses Wandels gewannen dadurch im Wald zunehmend betriebswirtschaftliche Zielsetzungen an Gewicht, womit gleichzeitig das Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie wuchs. Im „Grünen Ordner“ der Waldbaurichtlinie Brandenburgs deutet sich der Konflikt anhand folgender Formulierung an: „Ziel ist die Erziehung und Ernte einer nachhaltig höchstmöglichen Menge wertvollen Holzes unter Beachtung des ökonomischen Prinzips. Dabei sind integrative Naturschutzmaßnahmen vorrangig anzuwenden“.

2. Was für den stofflichen Verbrauch gilt, hat auch für die Verbrennung zu gelten. Der enorme Holzverbrauch dafür kann nicht wie bisher fortgesetzt werden. Für diesen Zweck hat die Vergütung nach dem EEG künftig grundsätzlich zu entfallen. Es geht darum, dass künftig viel weniger Holz als bislang verbrannt wird und viel mehr Holz stofflich in langlebigen Anwendungsbereichen eingesetzt wird und ein großer Holzproduktspeicher entsteht. Im Übrigen ist der Glaubenssatz falsch, wonach die Holzverbrennung stets CO₂-neutral ist. Holz sollte daher nicht wie bislang im Übermaß, sondern nur wenig verbrannt werden und zwar beschränkt auf Rest- und Abfallholz.

3. Die Überlastung der Natur durch Klimawandel, Ressourcenraubbau und Schadstoffbelastungen untergräbt die Leistungskraft der Natur und damit für den Menschen überlebensnotwendige Ökosystemdienstleistungen. Mehr Umwelt- und Naturschutz ist deshalb zwingend. Mit Blick auf den Wald heißt das, wir brauchen anpassungsfähige, funktionstüchtige und produktive Waldökosysteme mit hoher Speicherkapazität für Kohlenstoff, mit hohem Lebendholz-, Totholz- und Humusvorrat.

4. Die Stoßrichtung der Brandenburger Forstpolitik ist im Grundsatz richtig: nämlich die Abkehr vom schlagweisen Hochwaldbetrieb hin zur naturnahen Bewirtschaftung. Der eingeschlagene Weg muss aber noch ambitionierter und differenzierter gegangen werden. Hierzu gehören nicht nur höhere Holzvorräte im Wald als derzeit und ein Abbau der großen Verjüngungsrückstände insbesondere im Privatwald. Vor allem gehört dazu ein behutsamer, sozusagen „auf Sicht fahrender“ Waldumbau, der sich nicht von holz- und energiewirtschaftlichem Nutzungsdruck treiben lässt und sich nicht voreilig zu stark an der klimatisch bedingten, bisherigen Naturnähe orientiert.

5. Die Bewirtschaftung des Brandenburger Waldes ist – ob nun staatlich, privat oder kommunal organisiert – einheitlich und verbindlich im hiesigen Waldgesetz zu regeln. Für eine gute fachliche Praxis sind die Kriterien des FSC-Standards eine solide Grundlage. Nicht zuletzt stimmen sie zu wichtigen Teilen mit den Zielen der nationalen Biodiversitäts-Strategie überein. Weitere Anforderungen kommen hinzu. So sollten als gesund und vital einzustufende Hauptbaumarten hohen biologischen Alters der Schadstufen 0 und 1 in den nächsten 50 Jahren nicht mehr eingeschlagen werden. Damit kann ein breiter Genpool geschaffen werden, um den Klimawandel zu meistern. Zudem ist für den Wald der Zukunft und wohin seine Entwicklung steuert, ein Mehr an standortkundlich betriebener Waldbauforschung mit einem Netz an Totalreservaten nötig.

Im Landeswald hat – wie es schon in § 26 Landeswaldgesetz steht, aber längst nicht eingelöst ist – das Gemeinwohl Vorrang und nicht die Holzproduktion, schon gar nicht mit einer schwarzen Null im Betriebsergebnis. Naturnaher Waldbau verträgt sich auch nicht mit einem weiteren geplanten, drastischen Abbau von Forstpersonal. Die Pläne gehören in den Papierkorb.

6. Waldbewirtschaftung mit kräftigen ökologischen Zielsetzungen kostet viel Geld. Das ist genug da, nur falsch verteilt und es braucht finanziell gut ausgestattete Fördertöpfe und Instrumente. Zudem greifen Veränderungen der Waldbewirtschaftung und Einschränkungen durch mehr Naturschutz in das Arbeitsplatzgefüge von Forst- und Holzwirtschaft ein. All das und viele andere Punkte verlangen nach einer stärker binnenmarkt- und weniger import- und exportorientierten, ressourcenschonenden und regionalen Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die mit dem Wahn der finanzmarktgetriebenen Globalisierung und ungebrochenem Wachstumsglauben bricht und die Tür zu einer menschlicheren, natur- und klimafreundlicheren Arbeits- und Lebensweise öffnet.